



Österreichisches Institut für Internationale Politik
Austrian Institute for International Affairs

Die Rolle Chinas auf multilateraler Ebene – was verändert sich durch Chinas neue Strategiepapiere? Was sind die Auswirkungen auf Europa und Österreich?

Thomas Eder

Arbeitspapier verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für
Landesverteidigung.

Keywords: China, Strategie, Multilateral, Globaler Süden, Europa

Dr. Thomas Eder ist Postdoc Researcher am oiip. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Chinas Außen-, Sicherheits-, und Völkerrechtspolitik. Insbesondere beschäftigt er sich aktuell mit Chinas Politiken zu anderen Großmächten und zu Global Governance.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,

Austrian Institute for International Affairs

A-1090 Vienna, Währinger Straße 3/12, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2024

Executive Summary

This working paper deals with two strategy documents on Chinese foreign policy published in 2023. With these ambitious documents, the Chinese government makes a claim to replace the US as a leader on global governance. Beijing is looking for allies and is primarily targeting the countries of the "Global South". The documents argue that the US and its Western allies have neglected the needs of developing countries, particularly in the areas of security and development. Beijing promises a new world order that is more strongly oriented towards the interests of developing countries. China's foreign policy strategy is not aimed at overturning the current international order, but rather at strengthening China's influence on the multilateral system and its institutions. This is based on US policy after the end of the Second World War, which led to the establishment of the liberal world order. In Beijing's view, influencing international norms through multilateral organizations - as the US has done and continues to do - is the most cost-effective and sustainable way to achieve a hegemonic role. Despite its rhetorical outstretched hand to the states of the "Global South", China's reform proposals are sometimes problematic for these states. China, for example, is only thinking about new non-permanent members without veto power in the UN Security Council, which frustrates India in particular. By elevating the "legitimate security interests" (implicitly of the major powers) to the same level as the sovereignty of states, China would restrict the sovereignty of all other states in making foreign and security policy decisions.

Zusammenfassung

Das Arbeitspapier setzt sich mit zwei 2023 veröffentlichten Strategiepapieren zur chinesischen Außenpolitik auseinander. Mit den ehrgeizigen Dokumenten erhebt die chinesische Regierung den Anspruch, die globale Führungsrolle der USA abzulösen. Beijing sucht dabei nach Verbündeten und richtet sich vor allem an die Staaten des "Globalen Südens". Die Strategiepapiere argumentieren, dass die USA und ihre westlichen Verbündeten die Bedürfnisse der Entwicklungsländer insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung vernachlässigt haben. Beijing verspricht eine neue Weltordnung, die sich stärker an den Interessen der Entwicklungsländer orientiert. Chinas außenpolitische Strategie will allerdings nicht das internationale System umstürzen, sondern sie zielt vielmehr darauf ab den chinesischen Einfluss auf das multilaterale System und seine Institutionen zu stärken. Dabei orientiert man sich an der US-Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die zum Aufbau der liberalen Weltordnung führte. Nach Beijings Ansicht ist die Beeinflussung internationaler Normen durch multilaterale Organisationen – wie es die USA taten und tun – der kosteneffizienteste und nachhaltigste Weg zu einer hegemonialen Rolle. Trotz der rhetorisch ausgestreckten Hand gegenüber den Staaten des „Globalen Südens“, sind Chinas Reformvorschläge auch für diese Staaten mitunter problematisch. China

denkt etwa nur an neue nichtständige Mitglieder ohne Vetomacht im Weltsicherheitsrat, was vor allem Indien frustriert. In dem China die „legitimen Sicherheitsinteressen“ (implizit der Großmächte) auf eine Ebene mit der Souveränität der Staaten hebt, wird die Souveränität aller anderen Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeschränkt.

Inhaltsverzeichnis

China versucht die Nachfrage nach Alternativen zur US-geführten Sicherheitsordnung zu bedienen, sowie neue Räume für Großmachtpolitik zu schaffen	7
China kritisiert Industrienationen, die den „Globalen Süden“ vernachlässigen und präsentiert sich als besserer Entwicklungsakteur	11
China will Respekt vor der „Diversität der Zivilisationen“ statt „Zwang“ im Bereich Menschenrechte	12
China behauptet, die globale Ordnung zum Nutzen der Entwicklungsländer weiterentwickeln zu wollen, während die USA diese Staaten bei technologischen Fortschritten aufhalten will	13
Chinas will den „Globalen Süden“ umgarnen, seine Macht im Weltsicherheitsrat aber nicht für andere Entwicklungs- oder Schwellenländer verwässern.....	14
Beijing verspricht Asien Offenheit und Entwicklung, statt der „Konfrontation“ die Washington bringt	16
China will insgesamt mehr Einfluss auf die bestehende globale (Sicherheits-) Ordnung entwickeln, und sie schrittweise zu seinen Gunsten verschieben.....	17
Chinas Reformvorschläge zur globalen Ordnung wirken sich auch auf Österreich und die EU aus und erfordern proaktive Antworten - Handlungsempfehlungen.....	20
Literatur.....	23

Für die ersten dreißig Jahre nach der wirtschaftlichen Öffnung 1978 verfolgte China eine einigermaßen vorsichtige Außenpolitik. Das galt besonders gegenüber den USA, ihren Verbündeten und Partnern. Die zentrale außenpolitische Vorgabe Deng Xiaopings, des obersten Führers der Volksrepublik China von den späten 1970ern bis in die frühen 1990er, wurde eingehalten: „verstecke deine Stärke, warte ab, übernimm nie die Führung“ (Belfer Center 2018).

Seit der Globalen Finanzkrise 2008 gewann China allerdings ungemein an Selbstbewusstsein, während die USA und ihre Partner an wirtschaftlicher Kraft und globalem Einfluss verloren. Chinas damaliger Präsident Hu Jintao leitete eine graduell offensivere Außenpolitik ein (Brookings 2019). Nachdem er 2013 Hu abgelöst hatte, ging der neue Präsident Xi Jinping noch deutlich weiter. Mit der „Belt and Road Initiative“ (BRI) strebt er seit damals nach einer optimierten Außenwirtschaft und weltweitem politischem Einfluss auf bilateraler Ebene. Auf einem Symposium zu Fragen der nationalen Sicherheit erhob Xi dann 2017 auch den Anspruch, die dringend notwendige Reform der internationalen Ordnung und Sicherheitsordnung anzuleiten. Gerade China sei hierzu befähigt (People.cn 2017; Quartz 2017).

Im Kontext des Russland-Ukraine Kriegs, hat das Außenministerium Chinas 2023 in zwei Weißbüchern bzw. „Konzeptpapieren“ die Vision Beijings für eine neue globale Ordnungspolitik¹ stärker ausformuliert: 1) „Globale Sicherheitsinitiative“ („Global Security Initiative“, GSI, Februar 2023) (FMPRC 2023a) und 2) „Vorschlag der Volksrepublik China zur Reform und Entwicklung globaler Ordnungspolitik“ („Proposal of the People's Republic of China on the Reform and Development of Global Governance“, September 2023) (FMPRC 2023b). Im umfassenden „Vorschlag“ wird der Dreiklang aus „Globaler Sicherheitsinitiative“, „Globaler Entwicklungsinitiative“ („Global Development Initiative“, GDI) (schon 2021 von Xi vor der UNO-Vollversammlung vorgestellt) (MFA 2021) und „Globaler Zivilisationsinitiative“ („Global Civilization Initiative“, GCI) (2023 von Xi bei einem Treffen der KPCh mit politischen Parteien aus aller Welt vorgestellt) (SCIO 2023a) näher ausgeführt. Zusätzlich veröffentlichte das Außenministerium auch noch ein Weißbuch zur Nachbarschaftspolitik: „Outlook on China's Foreign Policy on Its Neighborhood In the New Era“ (FMPRC 2023d).

Die vorliegende Analyse wird untersuchen, worauf Chinas strategische Neuausrichtung und Reformpläne abzielen. Sie wird sich im Aufbau am umfassenden „Vorschlag der Volksrepublik China zur Reform und Entwicklung globaler Ordnungspolitik“ orientieren. Zunächst wird es um das Thema Sicherheit (GSI), danach um Entwicklung (GDI), Menschenrechte (GCI) sowie um Zukunftsthemen für globale

¹ Der im Englischen gebräuchliche Begriff „Global Governance“ wird hier als „globale Ordnungspolitik“ übersetzt. Es geht dabei um die Institutionen, Prozesse und Regeln die das globale Zusammenleben staatlicher und nicht-staatlicher Akteure regeln. China möchte diese Institutionen, Prozesse und Regeln reformieren bzw. neu interpretieren, und die globale Ordnung in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte ändern.

Ordnungspolitik und schließlich um Chinas Reformpläne für den Weltsicherheitsrat gehen. Zusätzlich wird auch das Weißbuch zur Nachbarschaftspolitik behandelt. Es geht darum, die möglichen Auswirkungen dieser Schritte Chinas auf die anderen Vetomächte im Weltsicherheitsrat (und dessen Politik), auf demokratische Industriestaaten und auf Entwicklungsländer im sogenannten „Globalen Süden“ zu ergründen. Im letzten Abschnitt sollen Reaktionen anderer Großmächte auf Beijings Weißbücher, Auswirkungen auf andere multilaterale Organisationen sowie auf aktuelle Friedensprozesse und Chinas mögliche Rolle in diesen Prozessen diskutiert werden. Außerdem soll es um Konfliktrisiken mit China gehen, Wege diese zu entschärfen sowie um Möglichkeiten für die EU ihrerseits die Beziehungen mit dem „globalen Süden“ zu verbessern.

China versucht die Nachfrage nach Alternativen zur US-geführten Sicherheitsordnung zu bedienen, sowie neue Räume für Großmachtspolitik zu schaffen

Mit seinen zwei Weißbüchern „Reform und Entwicklung globaler Ordnungspolitik“ und „Globale Sicherheitsinitiative“ will Beijing mehr Einfluss auf die globale Sicherheitsordnung nehmen (FMPRC 2023a; FMPRC 2023b; Bland 2023). Der Einfluss der USA soll entsprechend zurückgedrängt werden. Xi Jinping hatte seine dahingehende Vision bereits beim Bo’ao Forum im April 2022 – das als chinesische Version des Weltwirtschaftsforum Davos gilt – vor angekündigt. Vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine Kriegs bietet Beijing der Welt an, einen globalen „Mangel an Frieden“ durch von ihm selbst geführte Reformen zu beheben, und schafft sich gleichzeitig ein diplomatisches Instrument um gegen die „Hegemonie“ (implizit der USA) vorzugehen (Pillai Rajagopalan 2022).

China betont weiterhin die zentrale Rolle der UN, weicht aber sein bisher striktes Bekenntnis zu Souveränität als Grundprinzip der UN-Charta auf. Über Jahrzehnte war Chinas Ansatz zu globaler Ordnungspolitik von seinem Konzept der sogenannten „Fünf Prinzipien der friedlichen Ko-existenz“ geprägt, auf die sich China erstmals 1954 in einem bilateralen Vertrag mit Indien geeinigt hatte (China-India Trade and Intercourse Agreement) und die es seither immer wieder als grundlegend betont hat: 1) territoriale Integrität und Souveränität, 2) Verzicht auf Aggression, 3) Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, 4) Gleichberechtigung und Kooperation zum gegenseitigen Vorteil und 5) ein friedliches Miteinander. Im Prinzip betonte Beijing damit die Bedeutung von Artikel 2 (1), (2), (3), (4) und (7) der UN-Charta (Charter of the United Nations).

In den neuen Weißbüchern hebt die chinesische Regierung die Verpflichtung, die „legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten ernst zu nehmen“, auf die gleiche Ebene wie die Souveränität der Staaten

(FMPRC 2023a; FMPRC 2023b). Damit scheint Beijing eine Koordinierung der Sicherheitspolitik mit anderen Staaten zu verlangen. So eine Pflicht würde die staatliche Souveränität schwer begrenzen und potenziell schwerwiegende Einmischungen in innere Angelegenheiten rechtfertigen. Man müsste dann fragen, ob der Irak den US-Angriff gerechtfertigt hat, und die Ukraine den Angriff Russlands, weil sie deren „legitime Sicherheitsinteressen“ in der Gestaltung ihrer souveränen Politik nicht ausreichend geachtet haben. Es wäre kein vorangehender Angriff auf die USA bzw. Russland nötig, der Selbstverteidigung rechtfertigt (Artikel 51 UN-Charta) und keine Bedrohung (oder Angriffshandlungen) für die der Weltsicherheitsrat unter Umständen Gewalt als Antwort autorisieren kann (Artikel 39 bis 50 UN-Charta). Damit wäre die multilaterale Ordnung auf UN-Ebene untergraben, inklusive des Weltsicherheitsrats. Es gäbe keinen völkerrechtlichen Maßstab zu beurteilen was „legitime Sicherheitsinteressen“ sind und wann sie verletzt sind. Der Begriff findet sich nicht in der UN-Charta, die in Artikel 2 (4) Gewaltanwendung und -androhung (abgesehen von den genannten Ausnahmen) verbietet. Chinas Außenministerium gießt diese neuen Handlungsspielräume für militärisch starke Großmächte jedoch in ordnungspolitische Sprache und sammelt internationale Unterstützer hierfür, was dann den Eindruck von Völkerrechtskonformität erwecken könnte.

Das potenzielle Abrücken Chinas von seinem strikten Bekenntnis zu staatlicher Souveränität und der bisherigen Sicherheitsordnung auf Basis der UN-Charta stellt ein Problem für kleinere Staaten dar. Die chinesische Führung kritisiert „Blockkonfrontation“, als dem Geist der UN-Charta widersprechend, und Sanktionen, die Probleme nur verschlimmern würden (FMPRC 2023a). China wendet sich gegen das Bestehen militärischer Allianzen bzw. die Entscheidung souveräner Staaten diesen neu beizutreten. Dabei ignoriert Beijing, dass die UN-Charta „regionale Abmachungen“ zur Wahrung der internationalen Sicherheit explizit nicht ausschließt, solange sie mit den Zielen und Grundsätzen der UN vereinbar sind (Artikel 52 UN-Charta). Mit Blick auf Chinas Kritik an den Überlegungen der Ukraine und der NATO-Staaten in Richtung eines NATO-Beitritts der Ukraine liegt nahe, dass kleinere Staaten in der von Beijing beschriebenen Ordnung nicht vor einer als Bedrohung empfundenen Großmacht durch einen Bündnisbeitritt Schutz suchen dürfen. Sollte die betreffende Großmacht unter Verletzung der UN-Charta tatsächlich Gewalt anwenden, dürfen keine Sanktionen als wirtschaftliche und diplomatische Gegenmaßnahmen verhängt werden. Die „legitimen Sicherheitsinteressen“ scheinen vor allem die Interessen der Großmächte zu sein.

China möchte souveränen Staaten vor allem deswegen das Recht zum Bündnisbeitritt absprechen, weil es sich von den USA im Westpazifik umzingelt fühlt. Beijing versucht nun die USA und ihre Politik zu delegitimieren, wenn es „Blockkonfrontation“, „Hegemonie“, und „Unilateralismus“ bei Sanktionen

kritisiert (FMPRC 2023a). Die Bemühungen Washingtons um eine engere Sicherheitskooperation zwischen Südkorea und Japan (und trilateral mit den USA), das „AUKUS“-Verteidigungsabkommen (AUKUS steht für die drei Bündnis-Staaten: *Australia, United Kingdom, United States*) und die „Quad“ (also die quadrilaterale Zusammenarbeit zwischen den vier Staaten: USA, Japan, Australien und Indien), werden in Beijing als Vorbote einer „indo-pazifischen NATO“ wahrgenommen (Arase 2023). Xi Jinping sieht China als Opfer einer „rundum-Eindämmung“, „Einkreisung“ und „Unterdrückung“ (Nikkei 2023). Beijing stellt sich deshalb gegen „regionale Abmachungen“ bzw. Allianzen, wie sie die UN-Charta eigentlich erlaubt (Artikel 52), weil sie realpolitisch nicht im Interesse Chinas sind. Dabei schweigt Chinas Führung konsistent zu Russlands regionaler Militärallianz, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Es geht demnach darum US-geführte Allianzen zu verhindern (Chestnut Greitens 2023), während viele Staaten im Indo-Pazifik versuchen das immer dominantere China mit Hilfe der USA auszubalancieren (Shinde 2023). Überdies will China die Akzeptanz von Sanktionen als Instrument internationaler Politik verringern; auch als vorbereitende Maßnahme für sein mögliches militärisches Vorgehen gegen das selbstverwaltete Taiwan.

Chinas Außenministerium argumentiert im Weißbuch „Reform und Entwicklung globaler Ordnungspolitik“, dass seine Vorschläge zu einer friedlicheren Welt führen würden und kritisiert Implizit „den Westen“ für aktuelle Missstände (FMPRC 2023b). Die Partner der Ukraine werden kritisiert, wenn Beijing Sanktionen anprangert sowie „Öl ins Feuer gießen“ (Waffenlieferungen an die Ukraine sind gemeint) und das „Zusammenrotten um Lager-basierte Konfrontation zu schüren“ (FMPRC 2023b). Auch bezüglich der koreanischen Halbinsel, Afghanistan und Afrika kritisiert China Sanktionen, und lobt dagegen seine eigenen Bemühungen um Frieden, Denuklearisierung und Entwicklung. Schließlich prangert Beijing „radikale und provokative Kommentare und Aktionen“ (implizit westlicher Regierungen mit pro-Netanjahu-Politiken) zu Israel/Palästina an, und Doppelmoral zur Terrorismusbekämpfung (FMPRC 2023b). Im Einklang mit dem Westen ruft Chinas Außenministerium in diesem Weißbuch auch erneut dazu auf, nie mit dem Einsatz von Nuklearwaffen zu drohen und sie nie einzusetzen (FMPRC 2023b). Dabei ist Beijing über die Debatten in Südkorea besorgt, wo eine Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile für die nukleare Bewaffnung oder „nukleare Teilhabe“ mit den USA ist (AP 2023b; Eder 2023a).

Die chinesische Führung will v.a. im „Globalen Süden“ Diskursmacht im Sicherheitsbereich erringen, und die UN sowie Formate wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die BRICS-Gruppe als Multiplikatoren nutzen (FMPRC 2023a; Arase 2023; Ekman 2023; Van Oudenaren 2023; Wildau 2023). Zusätzlich listen die Weißbücher des chinesischen Außenministeriums Dialogforen zwischen Verteidigungsministern, Diplomaten und Offizieren aus China und Afrika oder China und dem Nahen Osten, sowie angedeutete Gipfeltreffen zur „Globalen Sicherheitsinitiative“ in dieser Funktion

(FMPRC 2023a). Es gilt Unterstützer zu finden, und so betont Beijing auch, dass bereits über 80 Staaten und internationale Organisationen ihre Unterstützung für die „Globale Sicherheitsinitiative“ erklärt hätten (People.cn 2023) – wobei die genaue Bedeutung solcher Erklärungen unklar bleibt. Als zusätzlichen Versuch der Solidarisierung mit dem „Globalen Süden“ – wohl v.a. mit autokratischen Regierungen – hat Außenminister Wang Yi die „Globale Sicherheitsinitiative“ auch als Referenzrahmen für eine angebliche gemeinsame Mission zum Schutz von „politischer Sicherheit“ und „Regimesicherheit“ propagiert. Man müsse sich gegenseitig unterstützen, um Sicherheit und Stabilität im Angesicht von Versuchen externer Intervention und Infiltration von außen (d.h. aus dem „Westen“) gewährleisten zu können (Chestnut Greitens 2023). China will sein Modell innerer Sicherheit auch anderen Staaten empfehlen (Ekman 2023).

Beijing wird aufgrund der Unzufriedenheit vieler Staaten im „Globalen Süden“ mit den USA Unterstützer für einen größeren Einfluss Chinas auf die globale Sicherheitsordnung finden; gerade in seiner Nachbarschaft aber auch viel Widerstand. In Afrika und dem Nahen Osten fürchtet man China nicht, in Ost- und Südostasien (und Indien) schon. Die ersten Reaktionen aus Südostasien auf Chinas „Globale Sicherheitsinitiative“ sind zurückhaltend (anders als bei der „Globalen Entwicklungsinitiative“), da man China als Wirtschafts- aber meist nicht als Sicherheitspartner sieht (Hoang 2023; van Oudenaren 2023). Im ganzen Indo-Pazifik finden sich gegenüber China, Russland und Nordkorea jeweils entweder kleinere, militärisch schwächere oder nicht bzw. weniger nuklear bewaffnete Staaten. Es herrscht ein Vertrauensdefizit, manche Territorialstreitigkeiten dauern an, Friedensabkommen für frühere Kriege fehlen, Grenztruppen oder Küstenwachen geraten mitunter gewalttätig aneinander, Massenvernichtungswaffen werden angehäuft und getestet. In dieser Situation werden die meisten Staaten der Region kaum voreilend auf den bisherigen oder potenziellen Sicherheitspartner USA bzw. Regionalbündnisse verzichten, sowie auf die Möglichkeit Sanktionen zu verhängen. Dagegen sehen viele Staaten in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten China als willkommenes Gegengewicht zu den dominanten und früher dort Krieg führenden USA. Beijing hofft gerade jetzt auf mehr Zuspruch. Während Washington die UN-Vollversammlung beim Russland-Ukraine Krieg auf seiner Seite hatte (ca. 140 Stimmen für die Ukraine und ca. 6 Gegenstimmen) (Eder 2023a; UN News 2023a; Security Council Report 2023; UNGA Res ES-11/6), ist die Situation beim Israel-Gaza Krieg umgekehrt (ca. 120 Stimmen gegen Israel (und die USA) und ca. 15 für die US-Position) (UN News 2023b).

China kritisiert Industrienationen, die den „Globalen Süden“ vernachlässigen und präsentiert sich als besserer Entwicklungsakteur

Auch bei seiner zweiten globalen Priorität nach Sicherheit, der Entwicklung, möchte China laut dem Weißbuch zur Reform der globalen Ordnungspolitik Verantwortung übernehmen. Mittel hierfür sind die „Globale Entwicklungsinitiative“ und die „Belt and Road Initiative“ (als globale öffentliche Güter), die dazu beitragen sollen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UN umzusetzen (FMPRC 2023b; MFA 2021; Wang 2022). Als selbsternannter Wortführer der Entwicklungsländer ruft China Industrienationen dazu auf, ihre Verpflichtungen bei Entwicklungszusammenarbeit und Klimafinanzierung zu erfüllen, Ressourcen gerechter zu verteilen, Wissen zu teilen, und zu helfen Kapazitäten aufzubauen (FMPRC 2023b). China spricht sich für den Freihandel aus, wobei es keine Rolle spielen dürfe welches Wirtschaftssystem ein Staat hat, und Protektionismus abzulehnen sei (FMPRC 2023b). Das soll heißen, Kritik anderer Staaten an Chinas Subventionen und Dumping sind unberechtigt, während Handelschutzmaßnahmen der EU und anderer Akteure zu verurteilen sind. Außerdem soll die globale Wirtschaftsordnungspolitik „gerechter und fairer“ werden (FMPRC 2023b). Hier meint man, dass die Macht der USA und Europas in der Weltbank und im Weltwährungsfonds reduziert werden sollte; zu Gunsten von Entwicklungsländern (FMPRC 2023b), tatsächlich aber vor allem zu Gunsten Chinas. Beijing betont auch seinen Einsatz für globale Ernährungssicherheit und Energieversorgungssicherheit und wirft anderen vor diese als Waffe zu benutzen. In Bezug auf Klimasicherheit ruft es in erster Linie die Industriestaaten zur Wahrung ihrer historischen Verantwortung und schnellen Emissionsreduktion auf.

Xi Jinping hatte die „Belt and Road Initiative“ (BRI) 2013 in Kasachstan und Indonesien und die „Globale Entwicklungsinitiative“ 2021 in der UN-Vollversammlung vorgestellt (Institut Montaigne 2023; USIP 2023). Die BRI zielt auf Koordinierung von Wirtschaftspolitiken, Handelserleichterungen, Finanzintegration, Infrastrukturkonnektivität und gesellschaftlichen Austausch (State Council Information Service 2023; China Daily 2019; State Council 2017; State Council 2015). Die „Globale Entwicklungsinitiative“ zielt dagegen auf Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit – von chinesischen Experten seit der Eskalation des Russland-Ukraine Kriegs stärker betont (Zhang 2022) – Pandemiebekämpfung und Impfkampagnen, Entwicklungsfinanzierung, Antworten auf den Klimawandel und grüne Entwicklung, Industrialisierung sowie die Digitalisierung der Wirtschaft (Institut Montaigne 2023; FMPRC 2021). China betont, dass sich beide Initiativen ergänzen, und jeweils zur UN-Entwicklungsagenda beitragen. Die beiden durchaus unterschiedlichen Initiativen sollen nun dazu dienen, das Image Chinas als Entwicklungsakteur und wirtschaftlicher Partner zu pflegen und bei einem jeweils anderen Publikum verfangen.

China gründet zwar (teils aus Frust über mangelnde Einflusssteigerung in bestehenden Formaten) neue (parallele) multilaterale Institutionen im Bereich Wirtschaft und Entwicklung (Xu und Liu 2022), will diese letztlich aber als Hebel für mehr Einfluss in der UN, dem Internationalen Währungsfonds und anderen bestehenden globalen Organisationen nutzen. Mit all den vor allem von China getragenen Initiativen und neuen Institutionen – der Belt and Road Initiative, der „Globalen Entwicklungsinitiative“, der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), den BRICS und der Neuen Entwicklungsbank (NDB) sowie dem BRICS Contingent Reserve Arrangement – will Beijing mögliche diplomatische Partner umwerben, für eine von China (statt den USA) dominierte globale Wirtschaftsordnung.

Im wirtschaftlichen Bereich wird die Strahlkraft der chinesischen Initiativen stark von der weiteren Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft und der Priorisierung und Unterstützung der Außenwirtschaft durch die Regierung abhängen. Langsameres Wachstum, eine hohe Schuldenlast und die nunmehr schrumpfende und alternde Bevölkerung (Reuters 2023a) setzen China zu. Es ist fraglich, wie hoch Chinas Kredite für und Direktinvestitionen in anderen Staaten zukünftig sein werden, und wie sehr Chinas Importe aus aller Welt wachsen werden.

China will Respekt vor der „Diversität der Zivilisationen“ statt „Zwang“ im Bereich Menschenrechte

Bei Menschenrechten und „sozialer Ordnungspolitik“ als drittem Schwerpunkt von Chinas Weißbuch zur Reform globaler Ordnungspolitik, preist China seine „Globale Zivilisationsinitiative“ und Respekt vor der „Diversität der Zivilisationen“ an. Diese sind den „Überlegenheitsgefühlen“, der Doppelmoral, der Politisierung und Einmischung unter dem Vorwand des Menschenrechtsschutzes (implizit des „Westens“) vorzuziehen (FMPRC 2023b; SCIO 2023a). Beijing kritisiert angebliche Versuche „Werte und Modelle anderen aufzuzwingen“, das „Schüren ideologischer Konfrontation“ sowie „Konfrontation und Druckausübung“ im UN-Menschenrechtsrat. Überdies gibt es laut Chinas Außenministerium zu wenige UN-Mitarbeiter aus Entwicklungsländern im Bereich Menschenrechte (FMPRC 2023b). In einer Hierarchie der Menschenrechte, sollten laut China alle Staaten anerkennen, dass Entwicklung, wirtschaftliche und soziale Rechte ganz oben stehen (FMPRC 2023b). Die „Globale Zivilisationsinitiative“ hatte Xi Jinping bei einem Treffen der Kommunistischen Partei Chinas mit verschiedenen politischen Parteien aus aller Welt im März 2023 verkündet (SCIO 2023a). Das Ziel ist die Formulierung eines gemeinsamen „Weges zur Modernisierung“ der dezidiert nicht der „westliche“ Weg der Moderne sein soll.

Mit seiner umfassenden Kritik und Betonung „praktischer Kontexte“, „nationaler Umstände“ und „nationaler Realitäten“ (FMPC 2023b) will China die Universalität der Menschenrechte angreifen, und Bemühungen zum internationalen Schutz liberaler Abwehrrechte gegen den Staat und staatsbürgerlicher und politischer Rechte beenden (Freeman und Tsering 2023; Schulman, Fulton und Gehring 2023).²

Mit seinem Versuch Position und Status der USA im Bereich Menschenrechte durch diese Neudeutungen zu untergraben, wird China einigen Erfolg haben. Unter geschlossenen und kompetitiven Autokratien findet sich aus naheliegenden Gründen viel Zuspruch für den Ansatz politische Rechte und Abwehrrechte gegen den Staat zu entwerfen. Auch manche Regierungen in Demokratien im „Globalen Süden“ werden den Hinweis auf die Verfehlungen des „Westens“ und dessen Überheblichkeit im Mahnen und Doppelstandards zutreffend finden – so auch Kritiker der eigenen Regierungen im „Westen“. Chinas Reformvorschläge zu globaler „sozialer Ordnungspolitik“ sind allerdings, unabhängig von berechtigter Kritik an „westlichen“ Verfehlungen, in erster Linie Teil der übergreifenden Bemühungen die USA an globalem Einfluss zu übertreffen.

China behauptet, die globale Ordnung zum Nutzen der Entwicklungsländer weiterentwickeln zu wollen, während die USA diese Staaten bei technologischen Fortschritten aufhalten will

Laut Beijings Weißbuch zur Reform der globalen Ordnung ist China besser geeignet (implizit als die USA) neue Bereiche wie künstliche Intelligenz, Internet, Weltraum, Tiefsee und Polarregionen zum Wohle der gesamten Menschheit zu regeln (FMPC 2023b) (siehe auch „Globale Initiative zur Ordnungspolitik im Bereich künstliche Intelligenz“ (FMPC 2023c). China kritisiert, dass „hegemoniale Mentalität“ und die „Überdehnung des Konzepts der nationalen Sicherheit“ die globale Ordnung in diesem Bereich untergraben. Entwicklungsländer sollten neue Potenziale nutzen, um die Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 erreichen zu können, statt von etablierten Industriestaaten (dem „Westen“) aufgehalten zu werden (FMPC 2023b). Damit werden Exportkontrollen des „Westens“ und geplante

² Beijing möchte dies tun, obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN von Dr. Peng-chun Chang als Vize-Vorsitzender der Menschenrechtskommission der UN führend mitverfasst wurde (UN 2023). Dr. Chang brachte konfuzianische und andere asiatische Denkschulen in den Prozess ein, und China stimmte für die Erklärung (Dag Hammarskjöld Library 2023; US News 2014). Dr. Chang vertrat damals, vor Gründung der Volksrepublik China, die (nicht kommunistische) Republik China, aber in der neun-köpfigen Gruppe der Verfasser der Deklaration war durch Alexander Bogomolov (Sowjetunion) auch ein Vertreter eines kommunistischen Staates. Daneben gab es mit Dr. Charles Malik (Libanon) und Hernan Santa Cruz (Chile) zwei weitere Vertreter des „Globalen Südens“ (UN 2023).

Kontrollen von US-Investitionen ins Ausland kritisiert, die Chinas Militär, aber auch Teilen von Chinas Wirtschaft Probleme bereiten könnten (Axios 2023; CNAS 2023).

Im Bereich Internettechnologien spricht sich China gegen geopolitischen Wettbewerb und gegen Protektionismus und stattdessen für ein offenes, faires und inklusives Vorgehen aus (FMPRC 2023b). Hier verweist man auch auf die eigene „Globale Initiative zur Datensicherheit“ (FMPRC 2020). China thematisiert Tiefsee-Glasfaserkabel und kritisiert (implizit die USA für) die Schaffung eines nicht-inklusive Umfelds (was chinesische Unternehmen angeht) (FMPRC 2023b). Darüber hinaus ruft China zu verantwortungsvoller biologischer Forschung auf und lädt alle Staaten dazu ein, freiwillig den chinesischen „Biosicherheitsrichtlinien für Verhaltenskodizes für Wissenschaftler“ zu folgen. China bekennt sich zur WHO und kritisiert (implizit den „Westen“ für) die „politische Manipulation“ der Rückverfolgung der Ursprünge von Pandemieerregern (FMPRC 2023b). Schließlich will China die völkerrechtliche maritime Ordnung und geordnete Bewirtschaftung maritimer Ressourcen aufrechterhalten und einen Vertrag zur Rüstungskontrolle im Weltraum unterstützen (FMPRC 2023b).

Bei diesen zukunftsgerichteten Themen könnte es für China schwieriger sein, andere Staaten zu überzeugen, dass sie hiervon betroffen sind bzw. dass eine China-geführte Ordnung für sie besser wäre. Die neuen Export- und Investitionskontrollen der USA zu Hochtechnologie sind Teil des militärischen Wettbewerbs mit China, und wenden sich nicht gegen die allermeisten anderen Staaten bzw. sind für diese aus anderen Gründen nicht besonders relevant. Gerade in Chinas Nachbarschaft wären viele über einen langsameren technologischen Fortschritt von dessen Militär auch nicht unglücklich. Sollte Chinas Wirtschaft breiter in Mitleidenschaft gezogen werden, wäre das allerdings ein Problem für Chinas Handelspartner. Bei Internetordnungspolitik findet China wohl autokratische Unterstützer und demokratische Widersacher. Beim für die Tiefsee relevanten UN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS hat China durch die Verletzung von Schiedsgerichtsurteilen Imageschaden genommen, aber bei der Weltraumpolitik baut es z.B. im Bereich Satellitenstarts ein erhebliches Netzwerk an Partnern auf.

Chinas will den „Globalen Süden“ umgarnen, seine Macht im Weltsicherheitsrat aber nicht für andere Entwicklungs- oder Schwellenländer verwässern

Mit dem Weißbuch zur Reform der globalen Ordnung betreibt das chinesische Außenministerium in erster Linie eine PR-Kampagne gegenüber Entwicklungsländern; inkl. der Ideen zur Reform des Welt-

sicherheitsrats (FMPRC 2023b). China spricht von einem glaubwürdigen Ausbau der Präsenz von Entwicklungsländern im Weltsicherheitsrat, vor allem den Wünschen Afrikas entsprechend. Keineswegs dürfe der Weltsicherheitsrat ein Klub der reichen Staaten werden (FMPRC 2023b). Dieser Ansatz fügt sich in eine breitere Positionierung Chinas als „größter Verfechter der Interessen des Globalen Südens“ ein (Freeman und Tsering 2023). Chinas Grand Strategy zielt darauf ab, die Führungsrolle der USA in der globalen Ordnung zu beenden (Doshi 2021). Stattdessen soll China zum mächtigsten Akteur aufsteigen. Chinas Führung geht davon aus, dass sie dafür breite diplomatische Unterstützung, u.a. im UN-Kontext, braucht, die sie nur im „Globalen Süden“ finden kann (Eder 2023b).

Gleichzeitig sollen Reformen eben nicht zu einer Verwässerung der Macht Chinas im Weltsicherheitsrat führen, sondern im Gegenteil China stärken. Beijing spricht in seinem Reformvorschlag das Thema ständige Weltsicherheitsratsmitglieder bzw. „Vetomächte“ nicht an (FMPRC 2023b) – chinesische Experten schreiben diesbezüglich von „enormen Herausforderungen“, Uneinigkeit über Kriterien und darüber, ob neue ständige Mitglieder ein Vetorecht haben sollten (sic!) (Carnegie 2023). China ist auch gegen aktuelle Überlegungen die Ausübung der Vetomacht in irgendeiner Form zu limitieren (Glaser und Fung 2022). Bei einer stärkeren Vertretung der Entwicklungsländer geht es nur um nichtständige Mitglieder. Interessanterweise spricht das chinesische Außenministerium in seinem Weißbuch zur Reform der globalen Ordnung auch davon, dass der Weltsicherheitsrat kein Klub der großen Staaten sein soll (FMPRC 2023b) – was er natürlich bis zu einem gewissen Grad ist. Beijing will eben auch keine neue Machtposition für den bevölkerungsreichsten Staat der Welt: Indien; und China will wohl weiter die einzige Vetomacht sein, die beansprucht für Asien zu sprechen (Glaser und Fung 2022). Darüber hinaus wünscht sich Chinas Weißbuch eine stärkere Vertretung von „Entwicklungsländern mit einer unabhängigen Außenpolitik und gerechten Positionen“ im Weltsicherheitsrat (FMPRC 2023b). Damit mein Beijing sicherlich keine Verbündeten und Partner der USA, sondern Staaten mit Beijing-freundlicher Außenpolitik. Schließlich führt Chinas Außenministerium im Weißbuch aus, dass alle Beteiligten dem Prinzip der Mitgliedsstaaten-geführten Reform des Weltsicherheitsrats folgen sollen (FMPRC 2023b), d.h. der UN-Generalsekretär und seine Bürokratie sollen sich nicht einmischen.

Letztlich werden Chinas Ideen den Status Quo begünstigen, was Beijing durchaus recht ist. China geht es in erster Linie um den PR-Effekt gegenüber Entwicklungsländern. Die Wahrnehmung dort soll sein, dass sich Beijing für die Interessen dieser Staaten einsetzt. Reale Macht soll aber nicht abgegeben werden. Bisher gab es von anderen Seiten den Wunsch oder die Idee von ständigen Weltsicherheitsratssitzen für Indien, Japan, Deutschland, Brasilien, die Afrikanische Union (AU) oder die Europäische Union (statt ihren Mitgliedern oder zusätzlich). Nichts davon thematisiert China. Japan, Deutschland und die EU scheinen ausgeschlossen, da sie zu reich sind, Indien und Brasilien vielleicht auch, da sie zu

groß sind und potenziell auch die Afrikanische Union und EU, weil China nur von Staaten und nicht Staatenbündnissen oder -verbänden spricht. Stattdessen schlägt China aber auch keine anderen Staaten für ständige oder nichtständige Sitze vor. Bei einem Blick auf die China wohlgesonnenen BRICS+ (ab 1.1.2024) hätten das etwa Ägypten, Äthiopien, Südafrika, Argentinien, der Iran oder Saudi-Arabien sein können. Konkret sollen Chinas Vorschläge, wenn überhaupt, nur auf eine regionale Neuverteilung der jedes Jahr anteilig von der UN-Generalversammlung für zwei Jahre gewählten nichtständigen Sitze abzielen – und eine Erhöhung der insgesamten Sitzanzahl, auch da ein Drittel der Staaten noch nie einen gewählten Sitz hatte (Carnegie 2023). Afrika soll konstant und stärker vertreten sein (Glaser und Fung 2022), dafür könnten etwa die Sitze für Europa, Nordamerika und Australien/Neuseeland verringert werden. Eine Einigung mit den anderen Vetomächten, den größten UN-Beitragszahlern, den bevölkerungsreichsten bzw. wirtschaftlich und militärisch stärksten Staaten der Welt auf eine umfassende Reform, scheint aber nicht die eigentliche Absicht der chinesischen Politik zu sein.

Beijing verspricht Asien Offenheit und Entwicklung, statt der „Konfrontation“ die Washington bringt

Mit dem separaten Weißbuch des chinesischen Außenministeriums „Ausblick auf Chinas Außenpolitik in seiner Nachbarschaft in der neuen Ära“ zeigt Beijing seinen weiterhin klaren regionalen Fokus auf Asien (FMPRC 2023d). Chinas Führung spricht von „kultureller Affinität“, von der „asiatischen Familie“, und der konstanten Priorisierung von Chinas Nachbarschaft. Chinas Vision der Zukunft soll jener der USA entgegenstehen. Laut Weißbuch bietet China der Region „offenen Regionalismus, wahren Multilateralismus [und] eine Priorisierung von Entwicklung“ an. Sollte China nicht unterstützt werden, drohe eine (implizit US-geführte) Zukunft geprägt von „Kalter Kriegs-Mentalität und exklusiven Klubs, Versuchen auf Basis von Werten Linien zu ziehen, Politisierung wirtschaftlicher Fragen, Teilung der Region in verschiedene Sicherheitsblöcke, und (...) Konfrontation“ (FMPRC 2023d). Asien steht klar im Zentrum von Chinas Strategie im Machtwettbewerb mit den USA. Beijing hofft auf engere Beziehungen mit den wirtschaftlich interessanten und außenpolitisch offenen Staaten Südostasiens, sowie auf eine fortgesetzte wirtschaftliche Durchdringung der regionalen Verbündeten der USA (Yuan 2023).

China präsentiert sich auch im asiatischen Kontext als „verantwortungsvolle Großmacht“, und betont seine Beiträge zu Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel, in und um Afghanistan und in Myanmar; außerdem die erfolgreiche Kooperation gegen Terrorismus, COVID-19 und Finanzkrisen. Hier ruft China explizit zu „Einheit und Kooperation des Globalen Südens“ auf. Natürlich sieht es sich

als Vertreter dieser Gruppe, und zwar einer der sich für die „gemeinsamen Interessen“ einsetzt und die „Repräsentation und Stimme“ der Gruppe in globalen Fragen stärken kann (FMRPC 2023d). Damit präsentiert sich China als für die Führung des „Globalen Südens“ geeignet. Mit Bezug auf Asien wird Beijing in einigen Punkten konkreter und stellt Visaerleichterungen, Stipendien, Kooperation bei der Lehrlingsausbildung, Anerkennung von Abschlüssen und tiefgreifende Freihandelsabkommen in Aussicht (FMRPC 2023d).

Chinas wirtschaftliche Position in seiner östlichen Nachbarschaft wird stark bleiben, aber seine politisch-diplomatischen Erfolge werden eher weiter westlich stattfinden. Die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit mit den Staaten Ost- und Südostasiens wird nicht leicht zu lösen sein. China mag auch tatsächlich ein trilaterales Freihandelsabkommen mit Südkorea und Japan, und ein erneut vertieftes mit den ASEAN-Staaten Südostasiens gelingen. Die (nur locker integrierte) ASEAN könnte zum wichtigsten Handelspartner Chinas werden und zu einem zentralen Investmentpartner. Die Leistungen Beijings als Sicherheitsakteur werden in vielen Hauptstädten der Region aber gänzlich anders beurteilt, grobe Konflikte wurden nicht ausgeräumt und man will sich keineswegs von China repräsentieren lassen. Auch die „kulturelle Affinität“ in der „asiatischen Familie“ wird nicht davon überzeugen, den USA den Rücken zu kehren. Westlich seiner Grenzen ist China weniger belastet. Dort ist China bereits Ko-Sicherheitsgarant in Zentralasien (neben Russland), der insgesamt wichtigste Partner Pakistans und des Iran, und sucht immer engere Beziehungen mit den Golfstaaten und der ganzen Arabischen Liga. Zur diplomatischen Entspannung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien konnte China bereits publikumswirksam beitragen. Nun versucht Beijing auch den Israel-Gaza Krieg zu nutzen, um dem (muslimischen) Nahen Osten näher zu kommen.

China will insgesamt mehr Einfluss auf die bestehende globale (Sicherheits-) Ordnung entwickeln, und sie schrittweise zu seinen Gunsten verschieben

Die chinesische Führung will demnach mit ihrer aktuellen Strategie zur Reform der globalen Ordnung vor allem die Entwicklungsländer des „Globalen Südens“ als Unterstützer gegen die USA gewinnen. Beijings Weißbücher kritisieren die (demokratischen) Industrienationen kontinuierlich und rufen etwa auch zu „wahrem Multilateralismus“ auf (FMRPC 2023b) – im Gegensatz zur „westlichen“ Praxis. China möchte dabei keineswegs seine Macht und seinen Einfluss zu Gunsten anderer Staaten des „Globalen Südens“ verwässern, etwa im Weltsicherheitsrat. Die Weißbücher sind aber so geschrieben, dass sie Chinas Image im „Globalen Süden“ stärken helfen. China kritisiert in erster Linie (implizit) die USA und

ihre Partner, die keine Sicherheit und keine Entwicklung bringen, und universale Menschenrechte anderen aufzwingen wollen. Gleichzeitig ahmt Beijing aber auch das Washington der Nachkriegszeit nach (siehe Cabrera Garcia und Lo Brutto 2023 mit Blick auf eine „Frühphase der Nachahmung“). Denn Beijing sieht das damals von den USA geschaffene multilaterale System als effektivste und nachhaltigste Form internationaler Führung. China will auch globale Normen setzen und multilaterale Institutionen auf- oder umbauen, um weniger als Bedrohung wahrgenommen zu werden und sich langfristigen Einfluss zu sichern (He 2015). Insgesamt soll eine Übernahme von Innen stattfinden.

Gleichzeitig zielen die in Chinas Weißbüchern vorgeschlagenen Reformen der globalen Ordnung tatsächlich auf Chinas eigene militärische Sicherheit (bzw. Handlungsfreiheit), wirtschaftliche Sicherheit und Regimesicherheit. Im Bereich Sicherheit scheint Beijing graduell von seinem bisher strikten Bekenntnis zu staatlicher Souveränität abzuweichen, um Großmächten Spielräume für die Einmischung in die Außen- und Sicherheitspolitik kleinerer Staaten zu geben. Multilaterale militärische Bündnisse soll es laut Beijing nicht mehr geben, und auch keine Sanktionen als Reaktion auf eine laut UN-Charta illegale Gewaltanwendung. Chinas Führung fühlt sich im Westpazifik umzingelt, und möchte dortigen Staaten diese Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den USA verwehren. Dabei blickt Beijing v.a. auf einen möglichen Krieg um Taiwan bzw. ein militärisches Vorgehen Chinas gegen die Philippinen im Südchinesischen Meer. In der globalen Wirtschaftsordnung möchte China durch selbst dominierte neue Institutionen mehr Einfluss gewinnen, und während es bei Bretton Woods Institutionen von einer stärkeren Position der Entwicklungsländer spricht, geht es tatsächlich v.a. um die Position Chinas. Handelsschutzmaßnahmen der Industrienationen gegen Chinas Exporte sollen nicht mehr möglich sein und die Initiativen im Bereich Entwicklung und Infrastruktur sollen Chinas Unternehmen Aufträge verschaffen. In dem China Menschenrechte global nur insofern geschützt sehen will, als Regierungen das im Einklang mit den jeweiligen nationalen Umständen für möglich befinden, soll v.a. ein besseres Image für Chinas Staats- und Regierungsform erreicht, sowie Kritik und internationaler Menschenrechtsschutz beendet werden.

Durch die Veröffentlichung der Weißbücher des chinesischen Außenministeriums ändert sich zunächst nichts an Chinas Stellung im Weltsicherheitsrat und dessen Politik. Besonders die Fronten zwischen den ständigen Mitgliedern (also den Vetomächten) waren und bleiben verhärtet. Bei einer erfolgreichen Umsetzung von Beijings Plänen, wären v.a. mehr Staaten Afrikas und weniger Staaten Europas als nicht-ständige Mitglieder vertreten. Sollte Beijing die jeweiligen afrikanischen Regierungen von seinen Positionen überzeugen, könnte es bessere Abstimmungsergebnisse erzielen, aber keine andere Politik des Weltsicherheitsrats. Die Fronten zwischen den Vetomächten würden auch dann verhärtet

bleiben, solange die Politikvorstellungen sich nicht annähern. Der Weltsicherheitsrat könnte auch weiterhin nicht seine Funktion ausüben, Bedrohungen oder Brüche des Friedens zu beenden.

Die meisten Großmächte (bzw. große mittlere Mächte) reagieren skeptisch auf Chinas Reformvorschläge für die globale Sicherheitsordnung. Die beschriebenen verhärteten Fronten zwischen den Vetomächten im Weltsicherheitsrat sind ein Grund dafür; viele der größten globalen Sicherheitsfragen werden grundverschieden beurteilt. Ein zweiter Grund ist die beschriebene Angst vor China in seiner Nachbarschaft, wo es einen gewichtigen Mangel an Vertrauen gegenüber China gibt. Bei den USA kommt der verschärfte Wettbewerb um die Position des einflussreichsten Akteurs auf globaler Ebene und regional im Westpazifik hinzu. Sowohl Indien als auch Japan haben offene (maritime) Territorialstreitigkeiten mit China, sehen es als zentralen Unterstützer von weiteren regionalen Gefahrenquellen (d.h. Pakistan und Nordkorea), und lehnen Beijings „Globale Sicherheitsinitiative“ eher ab (Freeman und Stephenson 2022; Shinde 2022; NDTV 2023). Die EU-Kommission sieht ein Abrücken Chinas von der Ära wirtschaftlicher Reform und Öffnung durch den neuen Sicherheitsfokus symbolisiert (European Commission 2023), und die USA sehen die bisherige, von Washington geprägte, Sicherheitsordnung in Gefahr (Freeman und Stephenson 2022). Einzig Russland, das aufgrund seiner mittlerweile dramatischen Abhängigkeit von China auch keine andere Wahl hat, unterstützt Chinas „Globale Sicherheitsinitiative“ (Eguegu 2022).

Chinas Führung wird versuchen für ihre Reformvorschläge zur globalen Ordnung bilaterale und regionale Unterstützungserklärungen zu sammeln. Im Weltsicherheitsrat gibt es aufgrund der Gegenstimmen der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs keine Chance auf Umsetzung. Beijing kann aber darauf setzen die Staatenpraxis weltweit zu beeinflussen. Es wird China darum gehen, weiterhin unterstützende politische Erklärungen einzelner Regierungen und solche von Regionalforen Chinas mit den Staaten Afrikas bzw. Lateinamerikas einzusammeln. Bisher hat Beijing das vor allem im Bereich Entwicklung gemacht (Sano 2021), und wird in den Bereichen Sicherheit und Menschenrechte stärker nachziehen. Multiplikatoren in Form von multilateralen Organisationen, v.a. die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), wird China hierbei auch verstärkt nutzen. Schon bei der internationalen Verbreitung seiner Ideen zur Bekämpfung des Terrorismus hatte Beijing die SOZ aktiv eingesetzt (Tanner und Bellacqua 2016). Ein Ziel ist in der UN-Vollversammlung möglichst eindrücklichen Rückhalt zu erreichen (siehe z.B. Xinhua 2023). Sollte Chinas diplomatisches Werben erfolgreich sein, ist eine SOZ-Erweiterung wahrscheinlicher, sowie eine weitere Machtverlagerung innerhalb der Organisation, weg von Russland und hin zu China. Die Regionalorganisation Südostasiens, die ASEAN, wird in ihrem Verhältnis zu China aber eher gespalten, wenn Beijing zu viel auf das Thema Sicherheit setzt (statt nur Entwicklung). Die Philippinen und Vietnam fürchten Gewaltanwendung Chinas, und die ASEAN und

China konnten sich nach 20 Jahren immer noch nicht auf einen Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer einigen (um Konfliktsituationen zu vermeiden) (Laksmana 2023).

China positioniert sich seit 2023 noch stärker als Konfliktvermittler, um das Image der verantwortungsvollen Großmacht in der globalen Sicherheitsordnung zu erlangen. Beijing veröffentlichte ein „Positionspapier“ zur politischen Beilegung des Russland-Ukraine Kriegs (Wishnick 2023), vermittelte erfolgreich zwischen Iran und Saudi-Arabien (Miller 2023), versuchte sich für eine Mediation zwischen Israel und Palästina anzubieten (vor dem 7. Oktober 2023) (AP 2023a), und war an Verhandlungen zu einem Waffenstillstand im Bürgerkrieg Myanmars beteiligt (Reuters 2023b). Die Reformvorschläge Chinas zur globalen Sicherheitsordnung beinhalten sein Bekenntnis, hierin noch aktiver zu werden. Die Bereitschaft von Konfliktparteien, so einer Rolle Chinas zuzustimmen, dürfte sich nicht aufgrund der neuen Weißbücher Chinas ändern; oft wird der Wunsch zumindest einer Konfliktpartei sein, China nur als einen von mehreren vermittelnden Akteuren einzubinden.

Chinas Reformvorschläge zur globalen Ordnung wirken sich auch auf Österreich und die EU aus und erfordern proaktive Antworten - Handlungsempfehlungen

Es ist im Sinne Österreichs und der EU, dass China die bestehende globale Ordnung von innen heraus verändern, breite Koalitionen bilden, und ein friedliches Image aufbauen will. Der auch durch die 2023 vom chinesischen Außenministerium publizierten Weißbücher bzw. „Konzeptpapiere“ illustrierte Ansatz Beijings unterscheidet sich sehr stark von jenem Moskaus. China erklärt auch seine Bereitschaft sich in vielen Bereichen noch aktiver einzubringen. Daran kann man anknüpfen, und konstruktive Beiträge Chinas entsprechend seiner Ankündigungen auch einfordern. Dabei könnte es etwa um Friedensverhandlungen, die wirtschaftliche Situation und den technologischen Fortschritt von Entwicklungsländern, sowie die Aufwertung des Status von verschiedenen Entwicklungsländern in multilateralen Institutionen (auch zu Lasten von Chinas dortiger Position) gehen.

Aus Chinas Reformvorschlägen ergeben sich aber auch Risiken für Österreich und die EU in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, Weiterentwicklung der globalen Ordnung, und Welt-sicherheitsrat. Als kleiner Staat der leicht von einer Großmacht bedroht oder angegriffen werden kann, hat Österreich ein Interesse daran, die theoretische Möglichkeit eines Bündnisbeitritts offen zu halten

bzw. die Sicherheitskooperation im Rahmen der EU fortzusetzen. Beides wäre in der von China vorgeschlagenen Sicherheitsordnung problematisch. Als Industrienation, kann Österreichs Image und Einfluss als Entwicklungsakteur durch Chinas Kritik und Kampagne im „Globalen Süden“ erheblichen Schaden nehmen; gleiches gilt für die EU und die anderen Mitgliedsstaaten. Als Unterstützer der Universalität der Menschenrechte, sehen sich Österreich und die EU mit einer immer stärker organisierten Gegenkampagne Chinas konfrontiert. Als Verfechter der Meinungsfreiheit und Einbindung nichtstaatlicher Akteure, müssen Österreich und die EU bei der Internet Governance (Ordnungspolitik) als neuem Bereich globaler Ordnung mit stärkerem Einfluss autoritärer Prinzipien rechnen. Schließlich hätte Österreich, wie die anderen EU-Staaten außer Frankreich, bei der Umsetzung der von China vorgeschlagenen Reformen geringe Chancen auf eine zukünftige Wahl als nicht-ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat.

Die folgenden Handlungsempfehlungen für Österreich und die EU ergeben sich aus der Analyse von Chinas Reformvorschlägen zur globalen (Sicherheits-)Ordnung:

- China sollte immer wieder aufgefordert werden, sich konstruktiv zur Beilegung von konkreten Konflikten weltweit einzubringen. Dies liegt laut seinen Weißbüchern zur Reform der globalen Ordnung in der Verantwortung von Großmächten, und China will durch seine Reformen den „Mangel an Frieden“ beheben. An Mehrparteien-Friedensgesprächen zu verschiedenen Konflikten könnte die EU (bzw. manche ihrer Mitgliedsstaaten) gemeinsam mit China vermittelnd beteiligt sein.
- China sollte immer wieder aufgefordert werden, bei der Lösung von konkreten Problemen in der Entwicklung ärmerer Staaten zu helfen. Laut seinen Weißbüchern will China hier mit mehr Verantwortung vorgehen als die reichen Industrienationen. Eine aktuelle Möglichkeit der Demonstration bieten Verhandlungen in Richtung Schuldenerlass für die ärmsten Staaten. Hierbei könnten die EU und China auch zusammenarbeiten.
- China gegenüber sollte eine Aufwertung des Status von anderen Ländern des „Globalen Südens“ in den UN und Bretton Woods Institutionen vorgeschlagen werden. In seinen Weißbüchern beklagt China die unzureichende Vertretung von Entwicklungsländern. Gerade Indien, Indonesien, Brasilien, Mexiko und Nigeria könnten gestärkt werden, wenn Beijing zustimmt nicht nur selbst seine Position auszubauen.
- Mit China sollte kontinuierlich und konstruktiv über die Weiterentwicklung der globalen Ordnung in den Bereichen Weltraum, Tiefsee und Polarregionen verhandelt werden.
- Von Chinas Kritik an Bündnisbeitritten und Sanktionen herausgefordert, sollten die Mitgliedsstaaten der EU das Recht kleinerer Staaten verteidigen, vor Bedrohung und Angriffen durch Großmächte Schutz zu suchen. Dies bleibt umso relevanter, solange der Weltsicherheitsrat

seine Funktion zur Friedenserhaltung weiterhin nicht erfüllt. Es sollte klar argumentiert werden, dass dies auch im Interesse kleinerer Entwicklungsländer liegt.

- Von Chinas möglichem Abrücken von seinem strikten Bekenntnis zu staatlicher Souveränität herausgefordert, sollten die Mitgliedsstaaten der EU klarstellen, dass auch kleinere Staaten ihre Außen- und Sicherheitspolitik im Einklang mit der UN-Charta selbst gestalten dürfen.
- Als „westliche“ Industrienationen von China vielfach kritisiert, sollten die Mitgliedsstaaten der EU dem „Globalen Süden“ diplomatisch, ökonomisch, und in der Reform globaler Institutionen mehr entgegenkommen, um einen neuen Dialog zu beginnen. Chinas Reformideen laufen in einigen Bereichen den Interessen der EU zuwider. Sein Werben um Unterstützung wäre weniger erfolgreich, wenn Beijing nicht auf berechtigte Unzufriedenheit mit dem „Westen“ aufbauen könnte. Außenminister sollten jedes Jahr zuerst in den „Globalen Süden“ reisen, gemeinsame Regionalgipfel und die „Global Gateway“-Investitionsinitiative der EU sollten stärker beworben werden. Die EU sollte weiter an sozial- und klimaverträglichen Freihandels- und Investitionsabkommen mit Schwellenländern arbeiten, und zur Verlagerung größerer Teile der Wertschöpfungsketten in bisher v.a. Rohstoffe exportierende Staaten beitragen. Institutionell sollte die EU einen ständigen Sitz mit Vetomacht im Weltsicherheitsrat für Indien, und mehr nicht-ständige Sitze für Staaten des „Globalen Südens“ befürworten. Indien und Brasilien sollten überdies auch zentrale Partner für die WTO-Reform sein.

Durch den Wettbewerb um die Gunst des „Globalen Südens“ mögen Spannungen entstehen, aber durch die gleichzeitige Zusammenarbeit zwischen EU und China wo immer möglich und sinnvoll, und die Beachtung gewisser roter Linien, ist eine Entschärfung der Situation möglich. Die bisherigen Vorbehalte bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik des jeweils anderen sind weiterhin handhabbar. Das sehen beide Seiten so, und es muss keineswegs zu einer klaren Verschlechterung der Beziehungen kommen. Auch Chinas Vision zu globaler Ordnungspolitik ändert das nicht. Konstruktive Beziehungen sind auch in Zukunft möglich, und sollten Ziel europäischer Politik bleiben.

Literatur

Agreement (with exchange of notes) on trade and intercourse between Tibet Region of China and India [China-India Trade and Intercourse Agreement] (angenommen 29. April 1954, in Kraft 17. August 1954). 299 UNTS 57.

AP. (2023a, April 19). *China offers to facilitate Israel-Palestinian peace talks*. <https://apnews.com/article/china-israel-palestinians-peace-talks-32c9f5176c5b295d2d20111af2053351>

AP. (2023b, November 30). *South Koreans want their own nukes. That could roil one of the world's most dangerous regions*. <https://apnews.com/article/north-korea-south-korea-nuclear-arms-race-543e85e5e6832c50ba9dc26a91ef071b#>

Arase, D. (2023). *China's Global Security Initiative: Narratives, Origins and Implications*. Southeast Asian Affairs, 34-50.

Axios. (2023, Oktober 17). *Biden administration announces new restrictions on exporting AI chips to China*. <https://www.axios.com/2023/10/17/biden-export-restrictions-ai-chips-china>

Belfer Center. (2018, März 3). *Emperor Xi's China Is Done Biding Its Time*. <https://www.belfercenter.org/publication/emperor-xis-china-done-biding-its-time>

Bland, T. (2023, September). *China's Agenda at the UN General Assembly: What to Expect in 2023*. Asia Society. <https://asiasociety.org/policy-institute/chinas-agenda-un-general-assembly-what-expect-2023>

Brookings. (2019, Januar 22). *Hu's to blame for China's foreign assertiveness?* <https://www.brookings.edu/articles/hu-to-blame-for-chinas-foreign-assertiveness/>

Cabrera Garcia, A. C. und Lo Brutto, G. (2023). *Role of the China South-South cooperation hegemonic strategy as an "early emulation" in a context of systemic chaos*. *Frontiers in Political Science*, 5:1081861. doi: 10.3389/fpos.2023.1081861 (open-access, Creative Commons Attribution License (CC BY)), 1-11.

Carnegie. (2023, Juni 28). *UN Security Council Reform: What the World Thinks*. <https://carnegieendowment.org/2023/06/28/un-security-council-reform-what-world-thinks-pub-90032>

Charter of the United Nations. (24. Oktober 1945). 1 UNTS XVI. <https://www.refworld.org/docid/3ae6b3930.html>

Chestnut Greitens, S. (2023, August 29). *National Security after China's 20th Party Congress: Trends in Discourse and Policy*. <https://www.prcleader.org/post/national-security-after-china-s-20th-party-congress-trends-in-discourse-and-policy>

Chimits, F. und Ghiretti, F. (2023, März). *The Belt and Road and the Global Development Initiatives: Don't Compare Apples with Oranges*, in: Institut Montaigne. *China's Diplomacy: A Triumph of Cost-Benefit Analysis*. <https://www.institutmontaigne.org/ressources/pdfs/publications/china-trends-15-chinas-diplomacy-triumph-of-cost-benefit-analysis.pdf#page=12>

China Daily. (2019, April 23). *The BRI progress, contributions and prospects*. <https://govt.chinadaily.com.cn/s/201904/23/WS5d0b470f498e12256565e3f2/the-bri-progress-contributions-and-prospects.html>

CNAS. (2023, Oktober 17). *CNAS Responds: Export Controls on China*. <https://www.cnas.org/press/press-note/cnas-responds-export-controls-on-china>

Doshi, R. (2021). *The Long Game – China's Grand Strategy to Displace American Order*. Oxford University Press.

Eder, T. (2023a, Februar 23). *Will China Save Russia's Military in 2023? – Chinese Expert Debates on China-Russia Relations and the Long War in Ukraine*. CHOICE. <https://chinaobservers.eu/will-china-save-russias-military-in-2023-chinese-expert-debates-on-china-russia-relations-and-the-long-war-in-ukraine/>

[Eder, T. \(2023b, Oktober 12\). *Rusland und China - wie beeinflusst der Krieg in der Ukraine die Beziehungen? Was sind die Auswirkungen auf Europa und Österreich?* oiiip. <https://www.oiiip.ac.at/publikation/rusland-und-china-wie-beeinflusst-der-krieg-in-der-ukraine-die-beziehungen-was-sind-die-auswirkungen-auf-europa-und-oesterreich/>](https://www.oiiip.ac.at/publikation/rusland-und-china-wie-beeinflusst-der-krieg-in-der-ukraine-die-beziehungen-was-sind-die-auswirkungen-auf-europa-und-oesterreich/)

Eguegu, O. (2022, Juni 8). *Will China's 'Global Security Initiative' Catch on?* The Diplomat. <https://thediplomat.com/2022/06/will-chinas-global-security-initiative-catch-on/>

Ekman, A. (2023, März). *China's Global Security Initiative – When the process matters more than the content*. EUISS Brief 5. https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISS-Files/Brief_5_China%27s%20Global%20Security%20Initiative.pdf

European Commission. (2023, März 30). *Speech by President von der Leyen on EU-China relations to the Mercator Institute for China Studies and the European Policy Centre*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_2063

FMPRC. (2020, September 8). *Global Initiative on Data Security*. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/2649_665393/202009/t20200908_679637.html

FMPRC. (2021, September 22). *Xi Jinping Attends the General Debate of the 76th Session of the United Nations General Assembly and Delivers an Important Speech* [Globale Entwicklungsinitiative]. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zjzg_663340/gjs_665170/gjsxw_665172/202109/t20210923_9580159.html

FMPRC. (2023a, Februar 21). *The Global Security Initiative Concept Paper*. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/2649_665393/202302/t20230221_11028348.html

FMPRC. (2023b, September 13). *Proposal of the People's Republic of China on the Reform and Development of Global Governance*.

https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/2649_665393/202309/t20230913_11142010.html

FMPRC. (2023c, Oktober 20). *Global AI Governance Initiative*.

https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/2649_665393/202310/t20231020_11164834.html

FMPRC. (2023d, Oktober 24). *Outlook on China's Foreign Policy on Its Neighborhood In the New Era*.

https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/2649_665393/202310/t20231024_11167100.html#:~:text=China%20will%20endeavor%20to%20further,shared%20future%20among%20neighboring%20countries

Freeman, C. und Stephenson, A. (2022, August 4). *How Should the U.S. Respond to China's 'Global Security Initiative'?* USIP. <https://www.usip.org/publications/2022/08/how-should-us-respond-chinas-global-security-initiative>

Freeman, C. und Tsering, L. (2023, September 28). *As China Looks to Reform Global Governance, How Does It Approach the U.N.?* USIP. <https://www.usip.org/publications/2023/09/china-looks-reform-global-governance-how-does-it-approach-un>

Freeman, C. und Tugendhat, H. (2023, Oktober 26). *Why China is Rebooting the Belt and Road Initiative*. USIP. <https://www.usip.org/publications/2023/10/why-china-rebooting-belt-and-road-initiative>

Glaser, B. S. und Fung, C. (2022, Dezember 1). *China's Role in the United Nations*. GMFUS.

<https://www.gmfus.org/news/chinas-role-united-nations>

He, Z. (2015). *Eine Großmacht im internationalen Recht werden* [Chinesisch]. *Dangdai Faxue* 1, 148-160.

Hoang, T. H. (2023, Februar 22). *Why Is China's Global Security Initiative Cautiously Perceived in Southeast Asia?* ISEAS Perspective – NUS, 11/2023. <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2023-11-why-is-chinas-global-security-initiative-cautiously-perceived-in-southeast-asia-by-hoang-thi-ha/>

Laksmana, E. A. (2023, August 21). *The South China Sea talks between ASEAN and China*. IISS. <https://www.iiss.org/online-analysis/online-analysis/2023/08/the-south-china-sea-talks-between-asean-and-china/>

MFA. (2021, September 21). *Global Development Initiative — Building on 2030 SDGs for Stronger, Greener and Healthier Global Development (Concept Paper)*. https://www.mfa.gov.cn/eng/topics_665678/GDI/wj/202305/P020230511396286957196.pdf

Miller, A. D. (2023, März 14). *4 Key Takeaways From the China-Brokered Saudi-Iran Deal*. *Foreign Policy*. <https://foreignpolicy.com/2023/03/14/china-brokered-saudi-iran-deal-explained-diplomacy-biden/>

NDTV. (2023, März 27). *China's "Security Community" Raises Concerns For Japan: Report*. <https://www.ndtv.com/world-news/chinas-security-architecture-raises-concerns-for-japan-3895687>

Nikkei. (2023, März 20). *China eyes Global South, not West, to expand influence: expert*. <https://asia.nikkei.com/Politics/International-relations/US-China-tensions/China-eyes-Global-South-not-West-to-expand-influence-expert>

People.cn. (2017, Februar 20). *Xi Jinpings erste Erwähnung der "zwei Anleitungen" hat tiefere Bedeutung* [Chinesisch]. <http://politics.people.com.cn/n1/2017/0220/c1001-29094518.html>

People.cn. (2023, März 29). *Nong Rong, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten: Die Globale Sicherheitsinitiative ist Chinas Programm zur Förderung der gemeinsamen Sicherheit der Menschheit* [Chinesisch]. <http://world.people.com.cn/n1/2023/0329/c1002-32653803.html>

Quartz. (2017, Februar 22). *Chinese president Xi Jinping has vowed to lead the "new world order"*. <https://qz.com/916382/chinese-president-xi-jinping-has-vowed-to-lead-the-new-world-order>

Reuters. (2023a, Januar 18). *China's first population drop in six decades sounds alarm on demographic crisis*. <https://www.reuters.com/world/china/chinas-population-shrinks-first-time-since-1961-2023-01-17/#:~:text=The%20country%27s%20National%20Bureau%20of,U.N>

Reuters (2023b, Dezember 14). *China mediated Myanmar junta peace talks with rebels – foreign ministry*. <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/china-says-it-facilitated-myanmar-militarys-talks-with-rebel-groups-2023-12-14/>

Sano, J. (2021). *The Reality of China's Belt and Road Initiative (BRI) from a Numerical Perspective*. Pacific Business and Industries XXI (79), 2-23.

Schulman, M. und Fulton, J. und Gering, T. (2023, Juni 21). *How Beijing's newest global initiatives seek to remake the world order*. Atlantic Council. <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/how-beijings-newest-global-initiatives-seek-to-remake-the-world-order/>

Security Council Report. (2023). *UN Documents for Ukraine: General Assembly Documents*. https://www.securitycouncilreport.org/un_documents_type/general-assembly-documents/?ctype=Ukraine&cbtype=ukraine

Shinde, V. (2022, November 22). *The Global Security Initiative - With Chinese Characteristics*. AIIA. <https://www.internationalaffairs.org.au/australianoutlook/the-global-security-initiative-with-chinese-characteristics/>

Shinde, V. (2023, Mai 15). *Foreign policy China-style*. The Interpreter – Lowy. <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/foreign-policy-china-style-beyond-protocol-alcohol>

UNGA Res ES-11/6. (2023, März 2). *UN Doc A/RES/ES-11/6 – Resolution adopted by the General Assembly on 23 February 2023, Principles of the Charter of the United Nations underlying a comprehensive, just and lasting peace in Ukraine*. https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/a_res_es_11_6.pdf

State Council. (2015, März 30). *Action Plan on the Belt and Road Initiative*. https://english.www.gov.cn/archive/publications/2015/03/30/content_281475080249035.htm

State Council. (2017, Juni 20). *Vision for Maritime Cooperation under the Belt and Road Initiative*. http://english.www.gov.cn/archive/publications/2017/06/20/content_281475691873460.htm

State Council Information Office (SCIO). (2023a, März 16). *Xi Jinping's keynote address at the CPC in Dialogue with World Political Parties High-level Meeting [Globale Zivilisationsinitiative]*. http://english.scio.gov.cn/topnews/2023-03/16/content_85171478.htm

State Council Information Office (SCIO). (2023b, Oktober 10). *The Belt and Road Initiative: A Key Pillar of the Global Community of Shared Future*. http://www.scio.gov.cn/zfbps/zfbps_2279/202310/t20231010_773734.html

Tanner, M.S. und Bellacqua, J. (2016). *China's Response to Terrorism*. CNA. https://www.uscc.gov/sites/default/files/Research/Chinas%20Response%20to%20Terrorism_CNA061616.pdf

UN. (2023). *Universal Declaration of Human Rights – Drafters of the Declaration*. <https://www.un.org/en/about-us/udhr/drafters-of-the-declaration>

UN News. (2023a, Februar 23). *UN General Assembly calls for immediate end to war in Ukraine*. <https://news.un.org/en/story/2023/02/1133847>

UN News. (2023b, Oktober 27). *Gaza crisis: General Assembly adopts resolution calling for 'humanitarian truce', civilian protection*. <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142932>

US News. (2014, Januar 17). *China's Excuses for Its Human Rights Record Don't Hold Water*. <https://www.usnews.com/opinion/blogs/world-report/2014/01/17/china-has-no-excuse-for-its-poor-human-rights-record>

Van Oudenaren, J. S. (2023, März 3). *The Global Security Initiative: China Outlines a New Security Architecture*. Jamestown Foundation China Brief 23 (4). <https://jamestown.org/program/the-global-security-initiative-china-outlines-a-new-security-architecture/>

Wang, L. (2022). *Globale Entwicklungsinitiativen: internationale öffentliche Güter für eine gemeinsame Entwicklung* [Chinesisch/Englisch]. *China Economist* 17 (4, Juli-August), 2-25.

Wildau, G. (2023, Mai 1). *China: What is the Global Security Initiative?* Teneo. <https://www.teneo.com/insights/articles/china-what-is-the-global-security-initiative/>

Wishnick, E. (2023, März 17). *What China's Ukraine Position Paper Tells Us*. CAN. <https://www.cna.org/our-media/indepth/2023/03/what-chinas-ukraine-position-paper-tells-us>

Xinhua. (2023, Oktober 18). *Over 100 countries support China's position at UN: FM spokesperson*. <https://english.news.cn/20231018/1e1f1a84f91e4ac19cd7e4a10ce3c6ad/c.html>

Yuan, J. (2023, Juli 19). *How is China shifting its foreign policy to counter moves to 'contain' it from the West?* The Conversation. <https://theconversation.com/how-is-china-shifting-its-foreign-policy-to-counter-moves-to-contain-it-from-the-west-209973>

Zhang, S. (2002). *China's Foreign Cooperation on Food Security under the Global Development Initiative*. *China International Studies* 94, 110-138.